

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

L | Leitanträge

(Lfd.-Nr. 1021)

Antrag Nr. L002
Landesvorstand

Empfehlung der AK
Annahme

Stand: 07.04.2009

Leitantrag Unsere Kommunen in Europa - Einheit in Vielfalt macht stark

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Soziales Europa der Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität
3 vor Ort verwirklichen!

4

5 Europa ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Die Finanz-
6 krise zeigt: Die neokonservative Philosophie, die ein reines
7 Markteuropa will, ist gescheitert. Die richtige Antwort auf die
8 Globalisierung ist ein starkes und vor allem ein soziales Europa.
9 Es ist unsere Verantwortung, die soziale Dimension der Ge-
10 meinschaft erheblich zu stärken. Die Bürgerinnen und Bürger
11 erwarten eine soziale Gestaltung Europas. Sie wollen, dass es
12 gerecht zugeht.

13

14 NRW ist mit 18 Millionen Einwohnern größte Region Europas.
15 NRW ist erfahren in den Herausforderungen des Strukturwan-
16 dels und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Diese Er-
17 fahrungen müssen wir in den europäischen Gestaltungspro-
18 zess einbringen. Europa und NRW können viel voneinander
19 lernen. Wir kämpfen für ein hochwertiges Beschäftigungsni-
20 veau, ein großes Maß an sozialem Schutz - gegen soziale Aus-
21 grenzung. Die Schaffung eines sozialen Europas, in denen die
22 Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert
23 werden, ist unser Ziel. Dabei bleibt die Vielfalt der Kulturen,
24 Traditionen und Strukturen in den europäischen Mitgliedstaa-
25 ten erhalten.

26

27 Diese Vielfalt spiegelt sich auf der kommunalen und regiona-
28 len Ebene wider und stellt eine der großen Stärken Europas
29 dar. Heute umfasst die Europäische Union 27 Staaten, in denen
30 493 Millionen Menschen in weit über 90.000 Städten und Ge-
31 meinden leben.

32

33 Den Kommunen kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. Ein so-
34 ziales und demokratisches Europa als Antwort auf die Globali-
35 sierung ist der Ausgangspunkt unseres politischen Handelns –
36 in Europa und Deutschland, in den Ländern und in den Kom-
37 munen.

38

39 I. Unsere Kommunen und Europa können vieles gemeinsam
40 bewegen

41

42 Die europäische Demokratie und Gesellschaft baut auf den
43 Kommunen auf. Diese prägen den Alltag der Menschen, indem
44 sie Rahmenbedingungen schaffen, die wirtschaftliche Prosperi-
45 tät, kulturelle Vielfalt und sozialen Zusammenhalt sicherstel-
46 len. Die Kommunen haben auch deshalb eine unverzichtbare
47 Rolle bei der Ausgestaltung eines sozialen Europas, das auf den
48 Grundsätzen von Solidarität, Bürgernähe und Subsidiarität
49 aufbaut. Von herausragender Bedeutung ist ihre zentrale Rolle
50 bei der Sicherstellung der Versorgung mit Leistungen der Da-
51 seinsvorsorge.

52

53 Die Mehrzahl europäischer Gesetze wirkt sich – direkt oder in-
54 direkt - auf das kommunale Handeln in Deutschland aus: beim

55

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

56 Setzen sozialer und ökologischer Standards, durch den Ver-
57 braucherschutz oder durch die Regeln des EU-Binnenmarktes.
58 Zu den Bereichen der Kommunalpolitik, auf die europäisches
59 Recht unmittelbaren und sichtbaren Einfluss hat, zählen bei-
60 spielsweise das Personalwesen, das Umweltrecht, der ÖPNV,
61 die Sparkassen, das Abfallrecht, die wirtschaftliche Betätigung
62 der Kommunen, die Wirtschaftsförderung oder das Vergabe-
63 wesen. Von großer Bedeutung für die Kommunen ist natürlich
64 auch die EU-Förderung zahlreicher lokaler und regionaler Vor-
65 haben – insbesondere von sozialen Projekten, Infrastruktur-
66 maßnahmen sowie Projekte und Investi-tionen privater Unter-
67 nehmen.

68
69 Um passende Lösungen auf lokaler Ebene zu finden, sind de-
70 zentrale Strukturen sinnvoll, denn so können die jeweiligen
71 vorhandenen Innovationspotenziale zum Wohle der Men-
72 schen sinnvoll genutzt werden.

73 Die Europäische Union muss für die Bürger nachvollziehbarer
74 werden. Dies bedeutet wie auf nationaler, regionaler und
75 kommunaler auch auf europäischer Ebene u.a. mehr Transpa-
76 renz und weniger Bürokratie. Den Menschen müssen die poli-
77 tischen Programme und die positive Entwicklung der EU auf
78 politischer und wirtschaftlicher Ebene verständlicher kommuni-
79 ziert werden. Viel dazu beitragen können die Kommunen,
80 indem sie z.B. auf regionale und lokale von der EU geförderte
81 Projekte aufmerksam und den Zusammenhang zwischen der
82 europäischen und der kommunalen Ebene deutlicher machen.

83
84 **II. Die Kommunen brauchen eine starke sozialdemokratische**
85 **Fraktion im Europäischen Parlament!**

86
87 Die Europawahl am 7. Juni 2009 ist richtungsweisend, da der
88 Einfluss der konservativ-liberalen Regierungen, die eine große
89 Mehrheit im Rat der EU besitzen, auf den Gesetzgebungspro-
90 zess enorm ist. Wenn sich daran nichts ändert, wird dies eine
91 Fortsetzung der wirtschaftsliberal ausgeprägten Politik bedeu-
92 ten.

93 Eine starke Sozialdemokratie auf kommunaler, nationaler und
94 europäischer Ebene würde die soziale Dimension der EU stär-
95 ken. Das Gewicht des Europäischen Parlamentes im europäi-
96 schen Gesetzgebungsprozess wurde mit dem Vertrag von
97 Lissabon weiter gestärkt. Laut Vertrag wird das Mitentschei-
98 dungsverfahren zum Regelverfahren der Rechtsetzung der EU.

99
100 Damit ist das Europäische Parlament neben dem Rat der EU
101 gleichberechtigt bei der Gesetzgebung und bedeutender bei
102 der Zukunftsgestaltung der EU. Die Europawahl ist für die
103 Kommunen immens wichtig, da die EU einen vielfältigen Ein-
104 fluss auf das kommunale Handeln nimmt.

105
106 Eine starke Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Par-
107 lament könnte gemeinsam mit den nationalen und regionalen
108 Regierungen, an denen Sozialdemokraten beteiligt sind, dafür
109 sorgen, dass die neue EU-Kommission politisch neu ausgerich-
110 tet wird. Aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse in
111 den Mitgliedsstaaten ist aber nach wie vor eine zu oft wirt-
112 schaftsliberal agierende EU-Kommission zu erwarten. Wir wer-
113 den umso mehr darauf achten, dass die soziale Dimension in
114 der Europäischen Politik stärker im Mittelpunkt steht, um so
115 ein soziales Europa zu realisieren. Weiterhin könnte sie sicher
116 stellen, dass die im Vertrag von Lissabon festgeschriebenen

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009

Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

117 Fortschritte für die kommunale Ebene auch wirklich beachtet
118 werden.

119

120 III. Forderungen der NRW SPD mit Blick auf die Europawahl
121 2009

122

123 1. Kommunales Selbstverwaltungsrecht in Europa stärken –
124 Umsetzung des Vertrages von Lissabon voran bringen

125

126 Die Staats- und Regierungschefs haben ebenso wie der EU--
127 Verfassungskonvent der herausragenden Bedeutung der Kom-
128 munen für Europa Rechnung getragen.

129 Der Vertrag von Lissabon sieht folgende Stärkung der Stellung
130 der Kommunen in der EU vor:

- 131 • die ausdrückliche Achtung des Rechts der lokalen und re-
132 gionalen Selbstverwaltung als Bestandteil der nationalen
133 Identität der Mitgliedstaaten;
- 134 • die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und die Auswei-
135 tung des Subsidiaritätsprin-zips auf die regionale und
136 kommunale Ebene;
- 137 • die Einführung eines eigenen Klagerechts des Ausschusses
138 der Regionen (AdR) vor dem Europäischen Gerichtshof bei
139 Vorgängen, wo sie gemäß EU-Vertrag ge-hört werden
140 müssen;
- 141 • den Ausbau der Konsultationsrechte der Kommunen in
142 Europa;
- 143 • die Einführung eines Verfahrens zur Abschätzung der ad-
144 ministrativen und finanziellen Auswirkungen von Geset-
145 zesvorhaben auf die kommunale und regionale Ebene.

146

147 Im Sinne eines demokratischen und transparenten Europa for-
148 dert die NRW SPD die Sozialdemokraten im Europäischen Par-
149 lament und in der Bundesregierung auf, nach dem Inkrafttre-
150 ten des Vertrages besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass
151 diese Rechte vertragsgemäß in der Praxis beachtet und umge-
152 setzt werden.

153

154 2. In der Vielfalt der Städte und Gemeinden liegt die große
155 Stärke Europas: Das Subsidiaritätsprinzip strikt einhalten

156

157 Mit der Achtung der kommunalen Selbstverwaltung muss die
158 strikte Einhaltung und An-wendung des Subsidiaritätsprinzips
159 durch die EU und die Mitgliedstaaten auf allen Ebenen, also
160 auch auf der lokale Ebene, einhergehen, denn das Prinzip der
161 Subsidiarität – die Wahrnehmung von Aufgaben möglichst nah
162 an den Bürgerinnen und Bürgern, auf der Ebene, die diese am
163 besten lösen kann – ist ein Gebot einer transparenten, bürger-
164 nahen und effizienten Demokratie.

165

166 Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat müssen generell
167 die Interessen der Kommunen in den Entscheidungsprozessen
168 in Angelegenheiten der EU noch mehr als bisher berücksichti-
169 gen. Zudem muss es künftig eine verbesserte Gesetzesfolgen-
170 abschätzung bei neuen EU-Vorhaben geben.

171

172 3. Finanzausstattung der Kommunen sichern - Direkte Durch-
173 leitung der Mittel

174

175 Zu einer verbesserten Gesetzesfolgenabschätzung gehört
176 auch, dass die finanziellen Auswirkungen europäischer Gesetz-
177 gebung besser berücksichtigt werden. Die Handlungsautono-

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

178 mie der Kommunen wird oft nicht nur direkt durch die Recht-
179 setzung der EU eingeschränkt, sondern insbesondere auch
180 durch die finanziellen Folgelasten europäischer Regelungen.
181 Die Haushalte der Kommunen werden dadurch in beträchtli-
182 chem Maße belastet und die politischen Gestaltungsmöglich-
183 keiten damit enger.

184
185 Die Europäischen Organe sollten dies bereits bei den Gesetze-
186 sinitiativen bzw. im Gesetzgebungsprozess stärker berücksich-
187 tigen. Darüberhinaus muss die nationalstaatliche Ebene der
188 Mitgliedsstaaten dafür Sorge tragen, dass gemäß dem Konne-
189 xitätsprinzip die loka-len Gebietskörperschaften im Rahmen
190 ihrer staatlichen Verfassung eine entsprechende Finanzaus-
191 stattung für die Erfüllung von Aufgaben erhalten, die auf euro-
192 päische Rechts-vorschriften zurückgehen.

193
194 Um Europa vor Ort stärker zu verankern, müssen alle Kommu-
195 nen von europäischen Fördermitteln profitieren können. In
196 NRW können aber viele gute kommunale Investitionsprojekte
197 nicht realisiert werden, da die haushaltsrechtlichen Bestim-
198 mungen des Landes den Kommunen die Beteiligung an der
199 durch das Land bereitzustellenden Kofinanzierung vorschreibt.

200
201 Gleichzeitig verbietet das Land diesen Kommunen wegen ihrer
202 Haushaltslage diese Finanzierung. Dabei sind europäische För-
203 dermittel gerade dafür gedacht, durch gezielte Investitionen
204 die Lage der Kommunen zu verbessern. Wir wollen sicherstel-
205 len, dass der Erhalt europäischer Fördermittel nicht an der
206 Haushaltslage der Kommunen scheitert.

207
208 **4. Beteiligung der Kommunen an Entscheidungsprozessen**
209 **stärken –**
210 **Kommunale Kompetenz für Europa nutzen**

211
212 Durch ihren Sachverstand auf lokaler Ebene ist die kommunale
213 Ebene ein unverzichtbarer Partner bei der Umsetzung bürger-
214 naher Europapolitik.

215 Daher sollten die Kommunen früher in den Entscheidungspro-
216 zess auf europäischer Ebene einbezogen werden. Bei wichtigen
217 kommunalrelevanten Fragen sollten neben dem Ausschuss
218 der Regionen auch die kommunalen Spitzenverbände auf der
219 EU-Ebene angehört werden. Auch auf der nationalen Ebene
220 sollten die Kommunen von Bund und Ländern stärker in die
221 Entscheidungsprozesse europäischer Gesetzgebung eingebun-
222 den werden.

223
224 **5. Im Interesse der Menschen:**
225 **Öffentliche Daseinsvorsorge sichern -**
226 **öffentliche Dienstleistungen erhalten**

227
228 Die Sicherung und Verbesserung von Dienstleistungen von all-
229 gemeinem Interesse ist eine wesentliche Grundbedingung für
230 die Verwirklichung eines sozialen Europa. Die Bandbreite dieser
231 zumeist von Kommunen verantworteten Dienstleistungen, die
232 das Gemeinwohl betreffen, reicht von der Versorgung mit
233 Wasser und Energie sowie der Entsorgung von Abfall und Ab-
234 wasser über den öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu
235 den Bereichen Bildung, Schule, Gesundheit, Wohnungswesen,
236 Kultur sowie der Betreuung von Menschen in schwierigen Le-
237 benssituationen und vielfältigen sozialen Dienstleistungen.
238 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa setzen

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

239 sich dafür ein, dass die Bestimmungen im EU-Vertrag durch
240 entsprechende Gesetze so gestaltet werden, dass die Kommun-
241 nen in der Lage sind, ihrer Aufgabe nachzukommen, gemein-
242 wohlorientierte Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bür-
243 ger bereitzustellen.

244
245 Öffentliche Dienstleistungen sind auch für die ganze Volks-
246 wirtschaft wichtig, das hat nicht zuletzt im letzten Jahr die Fi-
247 nanzkrise gezeigt. Als stabilster Anker für die Bürgerinnen und
248 Bürger und die Wirtschaft in Krisenzeiten haben sich wieder
249 einmal unsere Sparkassen erwiesen. Wir bestehen darauf, dass
250 die vertraglich garantierte Neutralität gegenüber der Eigen-
251 tumsverfassung der Mitgliedsländer respektiert wird. Das be-
252 deutet, dass die Entscheidung über Privatisierung ausschließ-
253 lich in den Mitgliedsländern fällt. Die Kommission hat als
254 Wettbewerbsbehörde die Verpflichtung als neutrale Instanz
255 für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen und sich nicht
256 als Büttel marktradikaler Bestrebungen aus Politik und Wirt-
257 schaft anzubieten. Wir werden in NRW weder eine Privatisie-
258 rung der Sparkassen noch eine - nicht vorhandene - europa-
259 rechtliche Begründung dafür akzeptieren.

260
261 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind eine wesent-
262 liche Entwicklungsgrundlage für den sozialen und territorialen
263 Zusammenhalt der EU und die Schaffung von Arbeitsplätzen.
264 Speziell in strukturschwachen ländlichen Gebieten muss die
265 Grundversorgung der Bevölkerung, d.h. eine Mindestausstat-
266 tung mit Infrastruktur und ein Mindestangebot von Gütern
267 und Dienstleistungen sichergestellt werden.

268
269 Die Kommunen stehen vor allem im Bereich der technischen
270 und sozialen Infrastruktur vor neuen Anforderungen, die sie oft
271 nur bewältigen können, wenn sie die Chancen und Vorteile in-
272 terkommunaler Zusammenarbeit verstärkt nutzen. Auch die
273 Einbindung privaten Kapitals und Know-hows in kommunale
274 Unternehmen kann vor diesem Hintergrund sinnvoll sein.

275
276 Die Liberalisierung einzelner Sektoren der Daseinsvorsorge
277 muss immer eine Einzelfallentscheidung bleiben, wie auch die
278 Erfahrungen mit den bereits liberalisierten Sektoren, wie z.B.
279 Strom, Gas oder Telekommunikation, zeigen. Die Gemein-
280 wohlverpflichtungen in den einzelnen Sektoren sind zu unter-
281 schiedlich, um ein Gemeinschaftskonzept als einheitliche Re-
282 gelungsgrundlage zu entwickeln. So lehnt die NRW SPD bei-
283 spielsweise im Bereich der Wasserversorgung und der Abwas-
284 serentsorgung eine Liberalisierung auch wegen der großen
285 Unterschiede in der Organisation und Finanzierung dieser Auf-
286 gaben in den einzelnen Mitgliedsstaaten ab.

287
288 Darüber hinaus erfordern die naturräumlichen Unter-schiede
289 hinsichtlich des Managements der Ressource Wasser allein aus
290 ökologischer Sicht unterschiedliche Organisationsmodelle zur
291 Sicherung dieser zentralen Aufgabe der Daseinsvorsorge.
292 Ebenso muss im Bereich der sozialen Dienstleistungen eine
293 qualitativ gute Versorgung mit gemeinwohlorientierten
294 Dienstleistungen vor allem für schwache und benachteiligte
295 Menschen gewährleistet sein.

296 Die NRW SPD bekräftigt ihre Forderung nach Schaffung von
297 mehr Rechtssicherheit für die Kommunen im Hinblick auf
298 Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.
299 Es bleibt dabei: Städte und Gemeinden müssen im Rahmen der

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

300 kommunalen Selbstverwaltung selbst darüber entscheiden, ob
301 und wie sie eine öffentliche Dienstleistung entweder selbst er-
302 bringen, ein kommunales Unternehmen damit betrauen oder
303 die Erbringung der Dienstleistung durch Dritte wahrnehmen
304 lassen. Allerdings stehen sie wie im deut-schen Recht (z.B. die
305 Gemeindeordnungen) nicht außerhalb der Rechtsvorschriften
306 des EU-Vertrages.

307

308 Die Bedingungen für sog. Inhouse-Geschäfte sind durch die
309 laufende Rechtssprechung des EuGH in einer Art und Weise
310 eingeeengt worden, die kaum noch sinnvolle Öffentlich-Priva-
311 te-Partnerschaften erlaubt. Sozialdemokratinnen und Sozial-
312 demokraten in Europa setzen sich nach wie vor für eine nor-
313 mative Regelung im europäischen Vergaberecht ein, wie es
314 vom Europäischen Parlament bei der Novellierung des Verga-
315 berechts im Jahr 2003 vorgeschlagen, am Widerstand des Mi-
316 nisterrates aber gescheitert ist.

317 Zum Organisationsrecht der Kommunen gehört die Interkom-
318 munale Zusammenarbeit. Diese ist vom europäischen Recht
319 grundsätzlich abgedeckt. Wir bedauern, dass bei der (verspäte-
320 ten) Umsetzung der novellierten Vergaberichtlinien im Februar
321 2009 am Wider-stand des Koalitionspartners CDU/CSU ge-
322 scheitert ist, dies im nationalen Vergaberecht eindeutig zu re-
323 geln.

324

325 Entsprechend den Regelungen in der ÖPNV-Verordnung sollen
326 Möglichkeiten einer Di-rektbeauftragung gegeben werden. Im
327 sog. Monti-Kroes-Paket für die Finanzierung von Dienstleistun-
328 gen der Daseinsvorsorge sind die Finanzierungsregelungen für
329 solche Fälle geregelt; nicht aber die Bedingungen für das Vor-
330 liegen einer solchen Direktbeauftragung.

331

332 Wir setzen uns dafür ein, dass das europäische Vergaberecht
333 interkommunale Zusammenarbeit ermöglicht und die Beauf-
334 tragung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen möglich ist.

335

336 Hinsichtlich der Anwendung des EU-Beihilferechtes müssen
337 grundsätzlich bestehende Unklarheiten in der Abgrenzung
338 zwischen wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Be-
339 reichen sowie bei der Frage der Binnenmarktrelevanz von Dienst-
340 leistungen beseitigt wer-den. Aus Sicht der NRW SPD kann im
341 Beihilfebereich mehr Rechtsicherheit durch abstrakte Abgren-
342 zungskriterien erzielt werden. Weiteres sollte für die einzelnen
343 Bereiche in Sektorrichtlinien geregelt werden, wie sie bei eini-
344 gen netzgebundenen Dienstleistungen bereits bestehen.

345

346 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden sich in der
347 nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes
348 weiterhin dafür einsetzen, dass ein gemäß Artikel 14 und Pro-
349 tokoll zu den Leistungen des Daseinsvorsorge im Vertrag von
350 Lissabon geeigneter Rechtsrahmen geschaffen wird. Die SPE-
351 Fraktion wird aufgefordert, ihre Zustimmung zu einer neuen
352 EU-Kommission nur zu geben, wenn neben anderem auch hier
353 die Kom-mission sich verpflichtet, geeignete Rechtsvorschläge
354 zu unterbreiten.

355

356 6. Im Interesse des Zusammenwachsens: Grenzüberschrei-
357 tende und transnationale kommunale Kooperationen und
358 Städtepartnerschaften fördern

359

360

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

361 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kommunen
362 stärkt den sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU.
363 Nach den positiven Erfahrungen des INTERREG-Programms in-
364 tensiviert die EU die in der Förderperiode 2007 bis 2013 trans-
365 nationale Kooperation von Kommunen und Regionen im Rah-
366 men eines eigenen Ziels "Kooperation". Zudem hat die EU mit
367 den Europäischen Verbänden für territoriale Zusammenarbeit
368 (EVTZ) ein neues Instrument der Zusammenarbeit auf gemein-
369 schaftlicher Ebene geschaf-fen, das die grenzüberschreitende
370 Zusammenarbeit vereinfachen soll. Auch sollte die Ko-ope-
371 ration von deutschen Kommunen mit Kommunen außerhalb der
372 EU im Rahmen der „Neuen Nachbarschaftspolitik“ weiterhin
373 gefördert werden.

374 Die Europäische Union sollte die Förderung der grenzüber-
375 schreitenden und transnationalen Zusammenarbeit von Kom-
376 munen sowie der kommunalen Partnerschaften weiter aus-
377 bauen.

378

379 7. Europäische Solidarität heißt: Sozialen und territorialen Zu-
380 sammenhalt voranbringen – Stadtentwicklungspolitik und
381 Entwicklung ländlicher Räume fördern

382

383 Europäische Solidarität bedeutet Unterstützung der struktur-
384 schwachen und benachteiligten Regionen und Städten mit
385 Mitteln aus den europäischen Strukturfonds. Dadurch soll ihre
386 Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.
387 Zu den Maßnahmen die mit Mitteln aus dem Europäischen
388 Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen
389 Sozialfonds (ESF) gefördert werden, zählen beispielsweise der
390 Ausbau von Infrastruktur, die Unterstützung des Strukturwan-
391 dels in alten Industrieregionen, die Schaffung neuer Ar-
392 beitsplätze und die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und
393 Arbeitnehmern, sowie auch von Arbeitslosen, die Sanierung
394 von Stadtvierteln oder Projekte im länd-lichen Raum. Auch
395 viele Projekte in NRW konnten mit Mitteln aus den Struktur-
396 fonds der EU erst realisiert werden.

397

398 Ziel der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie ist es, auch
399 künftig gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen
400 Europas anzustreben. Aufgrund der immer zunehmenden so-
401 zialen Unterschiede zwischen den Regionen und innerhalb der
402 Regionen und Kommunen müssen die Kommunen, in denen
403 soziale und wirtschaftliche Probleme verstärkt auftreten, be-
404 sonders gefördert werden. Dabei sollten die, in der „Territoria-
405 len Agenda der EU“ bekräftigten drei Prioritäten der europäi-
406 schen Raumentwicklungspolitik stärker berücksichtigt werden:
407 ein gerechter Ausgleich zwischen Stadt und Land, die Siche-
408 rung eines gleichwertigen Zugangs zu Infrastruktur und Wis-
409 sen sowie eine nachhaltige Entwicklung mit dem Schutz der
410 Natur und des Kulturerbes. Im Hinblick auf den ländlichen
411 Raum muss die Förderung der regionalen Entwicklung struk-
412 turschwacher ländlicher Gebiete über die sog. 2. Säule gegen-
413 über der reinen Landwirtschaftsförderung stärkeres Gewicht
414 als bisher erhalten.

415

416 IV. Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken

417

418 Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben die Bedeutung
419 Europas erkannt. Viele sind allerdings mit den komplexen
420 Strukturen und Anforderungen, die sich aus EU-Regelungen er-
421 geben, insbesondere bei der Abrufung von EU-Fördermitteln

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

422 überfordert. Hier bedarf es einer stärkeren und breiteren Un-
423 terstützung des Landes.

424 Wir fordern daher die Entwicklung eines Masterplans zur Stär-
425 kung der Europafähigkeit der Kommunen. Der Masterplan
426 muss unter anderem enthalten:

427 • Beratungsangebote des Landes für Kommunen müssen
428 erweitert und ausgedehnt werden, um ihnen einen leicht-
429 eren Zugang zu Fördermitteln, Institutionen und Pro-
430 grammen zu ermöglichen.

431
432 • Vorlage eines Förderkonzepts, das Kommunen die Kofi-
433 nanzierung und somit Teilnah-me an Förderprogrammen
434 der EU ermöglicht. Hierbei sind insbesondere die Kommu-
435 nen einzubeziehen, die einem Haushaltsicherungskonzept
436 unterliegen oder keinen genehmigten Haushalt haben.

437
438 • Die europapolitische Kompetenz der Kommunen muss ge-
439 stärkt werden. Dazu gehören unter anderem Weiterbil-
440 dungsmaßnahmen und Austauschprogramme für das Per-
441 sonal in der Verwaltung, die durch das Land gezielt geför-
442 dert werden müssen.

443
444 • Die Verwaltungsausbildung auf allen Ebenen muss ihren
445 Fokus stärker auf Europa ausrichten. Auszubildende sollen
446 gezielt in Europaseminaren und durch Austauschpro-
447 gramme mit europäischen Partnern geschult werden.

448
449 • Die Strategie zur Vernetzung der Kommunen mit anderen
450 europäischen Partnern muss erarbeitet werden.

451